

KURZ NOTIERT

von Ariane Grubauer

Die Autorin ist Absolventin des Masterstudiengangs „Southeast Asian Studies“ und Lehrbeauftragte an der Universität Passau.

■ Intensivierung der bilateralen Beziehungen

»Indonesien hat sich seit dem Sturz des autoritären [Suharto-] Regimes im Jahr 1998 zu einer stabilen Demokratie entwickelt; deshalb ist Deutschland bereit, die bilateralen Beziehungen auszubauen,« versprach der deutsche Botschafter in Jakarta, Dr. Georg Witschel, im Rahmen eines Festakts anlässlich des Tags der Deutschen Einheit. Bereits im September hatte der Botschafter in einem persönlichen

Gespräch mit dem designierten indonesischen Präsidenten Joko »Jokowi« Widodo den weiteren Ausbau bestehender Kooperationen besprochen. Insbesondere wurden hierbei die Bereiche Hochtechnologie, erneuerbare Energien, berufliche Bildung, Gesundheit und Seetransport genannt. In diesem Zusammenhang soll auch die Förderung des Studiums junger Indonesier in Deutschland weiter vorangetrie-

ben werden. Im Jahr 2013 waren an insgesamt 2.900 indonesische Studenten DAAD-Stipendien vergeben worden – 400 mehr als noch 2012. Für dieses und das kommende Jahr, 2014 und 2015, strebe man eine nochmalige Erhöhung der Stipendienzahl an.

Jakarta Post 4.10.2014

Website der Deutschen Botschaft

Jakarta, 16.9.2014

■ Diskussion um Scharia-basierte Verordnungen in Aceh

Am 27. September 2014 verabschiedete die Provinzregierung von Aceh zwei lokale, auf der Scharia basierende Verordnungen (*Islamic Principles Bylaw* und *Islamic Criminal Code Bylaw/Qanun Jinayat*), welche u. a. gleichgeschlechtliche sowie außereheliche Beziehungen unter Strafe stellen. Die Verordnungen sind sowohl für Muslime, als auch für die etwa 90.000 Nicht-Muslime in Aceh bindend und sehen zum Beispiel für sexuelle Handlungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern eine

Höchststrafe von bis zu 100 Peitschenhieben und eine Gefängnisstrafe von bis zu 100 Monaten vor. Nach dem Gesetz Nr. 44 von 1999 besitzt das acehnische Provinzparlament zwar grundsätzlich das Recht, im kulturellen und Bildungsbereich lokale Verordnungen auf Grundlage der Scharia zu erlassen, trotzdem wurden die jüngsten Verordnungen bereits heftig diskutiert. Phe-lim Kine, stellvertretender Direktor von *Human Rights Watch Asia*, kritisierte sie als Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäu-

ßerung und Privatsphäre sowie der Religionsfreiheit. Zudem stünden die Verordnungen im Widerspruch zu nationalen Gesetzen und würden gegen internationale völkerrechtliche Verträge, beispielsweise den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte*, den Indonesien 2005 unterzeichnet und im darauffolgenden Jahr ratifiziert hatte, verstoßen.

Human Rights Watch, 2.10.2014

Jakarta Post, 2. und 3.10.2014

■ Journalistische Berichterstattung in West-Papua - neue Entwicklungen

Es war der erste Test für die von Joko »Jokowi« Widodo angekündigte Öffnung West-Papuas für ausländische Journalisten und NGOs (vgl. *südostasien* 03/14): Anfang August waren die Journalisten Thomas Dandois und Valentine Bourrat vom deutsch-französischen TV-Sender Arte in Wamena festgenommen worden, als sie dort für eine Dokumentation über die Unabhängigkeitsbewegung OPM (*Operasi Papua*

Merdeka) recherchierten. Ihnen wurde zur Last gelegt, keine offizielle Genehmigung für ihre Recherchen eingeholt und somit ihr Touristenvisum missbraucht zu haben. Ein weiterer Anklagepunkt, den die lokale Polizei erhoben hatte, lautete auf Zusammenarbeit mit einer separatistischen Gruppe – dieser Vorwurf konnte jedoch während der Gerichtsverhandlung nicht bewiesen werden. Das Gericht in Jayapura verur-

teilte die beiden Reporter am 24.10.2014 schließlich zu einer Geldstrafe von 2 Millionen Rupiah (ca. 130 Euro) und einer Haftstrafe von zweieinhalb Monaten, auf welche allerdings die bisherige Zeit in Untersuchungshaft voll angerechnet wurde, so dass sie drei Tage später entlassen wurden.

Human Rights Watch, 16.10.2014

Deutsche Welle Indonesia, 24.10.2014